DRUCKSACHE

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion für Thüringen

WWW.DRUCKSACHE.INFO

AUSGABE 14 · April 2019

Kultursteuer
Wie Bodo Ramelow für eine Steuererhöhung wirbt
Seite 2

Mohring trifft
Warum neue EU-Regeln die Thüringer Landwirte bedrohen
Seite 4

Lauinger-Affäre
Wie Rot-Rot-Grün die Schuld auf Ministerialbeamte abwälzt
Seite 7

#StarkerStaat

Freiheit braucht Sicherheit auf den Fundamenten des Rechts. Das zu gewährleisten, gehört zu den zentralen Versprechen des demokratischen Rechtsstaats gegenüber den Bürgern. Wird es nicht eingelöst, wenden sie sich ab. Denn Unsicherheit und Angst gehören zu den größten Feinden der Freiheit und untergraben die Autorität des Staates. Die wichtigsten Grundlagen unserer Sicherheit sind eine durchsetzungsfähige Polizei, leistungsfähige Gerichte und ein gut ausgestatteter Justizvollzug. Recht und Ordnung liegen in ihren Händen. Bund und Länder stehen gemeinsam in der Verantwortung. Deshalb haben sie Ende Januar einen „Pakt für den Rechtsstaat“ geschlossen. Polizei und Justiz sollen deutlich verstärkt werden. Darüber, was getan wird und noch getan werden muss, informieren die Unionsfraktionen im Bundestag und den Landesparlamenten gerade in einer Kampagne unter dem Titel #StarkerStaat in den Sozialen Medien: gegen Clan-Kriminialität und Einbrecher etwa oder für Sicherheit im digitalen Raum.
Umso ärgerlicher ist, wenn Bodo Ramelows Linkskoalition immer wieder aus der Reihe tanzt. Sie verweigert sich einem besseren Schutz unserer Polizisten, stellt sie unter Rassismusverdacht und nimmt es leider auf die leichte Schulter, wenn sie aus ihren Reihen als Bastarde beschimpft werden. Sie spricht sich gegen wirksamere Fahndungsmethoden wie zuletzt die erweiterte DNA-Analyse aus. Sie überhört geflissentlich die immer deutlicheren Hinweise auf fehlendes Personal in den Gefängnissen.
Dies alles ist dramatisch. Denn so ist auf Dauer kein Staat zu machen, zumindest keiner, der Freiheit und Sicherheit garantieren kann.

Rot-Rot-Grün blockiert neue Ermittlungsmethoden

DNA-Analysen können helfen, schwere Verbrechen aufzuklären

Von der Linkskoalition hören wir immer nur ein Nein.
So ist kein Rechtsstaat zu machen.

Wolfgang Fiedler,
innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Eine neue DNA-Analysemethode könnte Hinweise auf das Aussehen und die Herkunft von Tätern liefern und so die Ermittlungsarbeit bei schweren Verbrechen deutlich erleichtern. In den Niederlanden ist diese erweiterte Nutzung des genetischen Fingerabdrucks längst erlaubt und hat bereits zu einer Reihe von spektakulären Ermittlungserfolgen in zunächst aussichtslosen Fällen geführt. In der deutschen Polizeiarbeit darf die DNA derzeit nur mit einer BKA-Datenbank abgeglichen und ansonsten ausschließlich das Geschlecht festgestellt werden – den Ermittlern entgehen so viele wertvolle Hinweise, beispielsweise auf die Farbe von Haut, Haaren und Augen. Die Trefferquoten für diese Merkmale liegen bei 90 Prozent und mehr. Doch obwohl die Justizminister der Bundesländer einen entsprechenden Entschluss gefasst haben, sperrt sich Rot-Rot-Grün in Thüringen gegen die notwendige Änderung der Strafprozessordnung. Die Ramelow-Koalition sieht die Gefahr, dass die Methode „eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen“ hervorrufen könnte.
Bei der CDU-Fraktion stößt diese Position auf Unverständnis: „Die rot-rot-grüne Tabuisierung technischer Neuerungen ist den Verbrechensopfern, ihren Angehörigen und anderen Geschädigten schlichtweg nicht vermittelbar“, macht der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, deutlich.
Für ihn ist die rot-rot-grüne Verweigerungshaltung symptomatisch für die Thüringer Sicherheitspolitik der im Herbst ablaufenden Wahlperiode. „Während Deutschland über einen starken Staat spricht, wirft Ramelows Regierung den Sicherheitsbehörden permanent Stöcke zwischen die Beine“, verweist der CDU-Politiker auf die Verschleppungstaktik bei der Einführung von Bodycams für Polizisten und auf die ständigen Rassismus-Unterstellungen gegen Thüringer Sicherheitsbeamte. „Ob mehr Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten, mehr Personal für den Verfassungsschutz oder härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte: Von der Linkskoalition hören wir immer nur ein Nein. So ist kein Rechtsstaat zu machen.“

Aus der Fraktion

Zuwanderung und Asyl trennen

Bodo Ramelow hat dafür geworben, Asylanträge gegen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis eintauschen zu können. Der Asylantrag würde so zum ersten offiziellen Schritt, um dauerhaft nach Deutschland einzureisen. „Damit endet jeder Versuch, den Asyl- und Flüchtlingsschutz klar von der Fachkräftezuwanderung zu unterscheiden. Bei der Zuwanderung geht es aber um die Interessen der Thüringer Unternehmen und unseres Landes“, verdeutlichte der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Herrgott. „Zuwanderung braucht klare Regeln und Grenzen, damit sie Thüringen nützt.“

Strafvollzug vor „Katastrophe“

Thüringens Strafvollzugsbedienstete üben scharfe Kritik an der Personalpolitik des Justizministeriums. Der Verband sieht das Land angesichts der seit Jahren fehlenden Mitarbeiter in den Gefängnissen in den kommenden Jahren auf eine „Katastrophe“ zusteuern, erklärte sein Vorsitzender, Jörg Bursian. Der Justizvollzug sei ein „permanentes Sicherheitsrisiko“. Es müsse mehr Personal eingestellt werden. Auch für den justizpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Scherer (Foto), ist klar: „Wer personalintensive Regelungen im Strafvollzug einführt, muss diese auch personell abbilden.“

Von NatiSythen - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5557863

Bodo Ramelow wirbt erneut für Steuererhöhung

Gut 202 Millionen Euro Solidaritätszuschlag haben Thüringer Finanzämter 2017 bei den Bürgern im Land kassiert. Er soll jetzt schrittweise abgeschafft werden. Umso fassungsloser schauen viele Menschen daher auf einen Vorschlag Bodo Ramelows, den er noch einmal ausdrücklich bekräftigt hat. Ramelow würde gern eine neue Steuer einführen: eine Kultursteuer. Sie soll genauso berechnet werden wie der Soli, nämlich als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer. Jeder Steuerzahler soll entscheiden, wer sie erhält.

„Für jeden Prozentpunkt dieses Steuerzuschlags müssten die Thüringer Steuerzahler rund 37 Millionen Euro zusätzlich berappen“, rechnet der Finanzexperte der CDU-Fraktion, Maik Kowalleck vor. Ramelow lässt offen, wie hoch er die Steuer ansetzen will. Klar ist nur, dass er die Kirchensteuer dafür abschaffen will. Der Haken daran: Die Kirchensteuer zahlen allein Kirchenmitglieder, und zwar nicht an den Staat, sondern an ihre Kirchen. Der Staat zieht sie lediglich ein und lässt sich den Verwaltungsaufwand bezahlen. Die Kultursteuer wäre eine richtige staatliche Steuer, die alle Bürger entrichten müssen.
„Zwischen 37 und 330 Millionen Euro ist alles denkbar, jedenfalls dann, wenn die Kultursteuer in gleicher Höhe wie die Kirchensteuer erhoben würde“, so Kowalleck. Besonders befremdlich ist für den Abgeordneten der eigentliche Grund für Ramelows Idee. Der Ministerpräsident sorgt sich, dass zurzeit keine Moscheegemeinden finanziert werden können, weil sie das staatliche Steuereinzugsverfahren nicht nutzen wollen. „Das ganze Religionsverfassungsrecht zu ändern und allen Bürgern eine Steuererhöhung zu präsentieren, weil Muslime sich nicht an das geltende Recht halten wollen, ist ein echter Ramelow. Unter Integration verstehe ich etwas anderes“, meint Kowalleck.
Ein weiterer Punkt stößt dem Finanzpolitiker auf: Die Kultursteuer wäre der Einstieg in eine staatliche Finanzierung von Kirchen und Religionsgemeinschaften. „Davon halte ich gerade als Christ und Kirchenmitglied nichts. Dass Kirche und Staat getrennt sind, tut beiden gut“, so der Abgeordnete.

In der Bio-Küche

Etwas mutlos wirkt der Vorfrühling an diesem Märztag, das Grün der Wiesen am Rand von Münchenbernsdorf ist noch stumpf und ausgelaugt vom Frost. In leichter Hanglage presst sich der wuchtige Gebäudekomplex des Kulturhauses an die Geraer Straße. Von der Häuserwand gegenüber kündet der Willkommensspruch „Die Teppichstadt grüßt ihre Gäste“ von ruhmreicheren Zeiten, als die Kommune südöstlich des Hermsdorfer Kreuzes noch ein bedeutendes Zentrum der DDR-Teppichindustrie war.
Im August 2016 schließlich tut sich was: Das monotone Geratter der Webstühle wird nach vielen Jahren der Stille vom Geklapper eines kleinen Küchenbetriebs abgelöst.
An den Töpfen und Pfannen steht Silke Beyer. Die 51-jährige gebürtige Westfälin kocht schon, seit sie zwölf ist. Erfahrungen mit einem Gastronomiebetrieb hatte sie vorher nicht. Und doch hat sie ihren Traum wahrgemacht: Hier, im „Werk 5“, schärft sie gerade nicht nur ihren Gulasch, sondern auch die Ernährungsgewohnheiten von knapp 400 Kindergartenkindern in der Region nach – hin zu mehr gesundem, mehr regionalem Essen.
Jetzt, um kurz vor 9, muss jeder Handgriff sitzen. An Beyers Seite sorgen die Köchinnen Sylvia Gronauer und Annett Ortlepp dafür, dass die Bio-Spätzle nicht matschig und die Portionen alle gleich groß werden. Pro Kind kommen exakt 150 Gramm Gulasch und 150 Gramm Nudeln in den Wärmeschrank. Dazu gibt es 80 Gramm Rotkrautsalat.
Sylvia Gronauer misst jetzt die Temperaturen mit einem stricknadelartigen Gastro-Thermometer und trägt ein: Der Gulasch 91 Grad, die Spätzle 88, der Rotkrautsalat 6 und die Suppe 88 – so verlangen es die Regeln der Lebensmittelhygiene. Gronauer nickt zufrieden. Die Portionen werden in große blaue Thermo-Boxen gepackt, und gegen 9:45 Uhr starten Silke Beyers Mann Stephan, ihr Sohn Leif und noch ein weiterer Fahrer ihre Touren zu insgesamt acht Kindergärten in Richtung Gera, Greiz und Jena.
Die Einrichtungen zu überzeugen, von etablierten Catering-Konzernen wie Apetito auf regionale Bio-Kost umzustellen, war ein gutes Stück Überzeugungsarbeit. Der Preis ist mit 3,60 Euro pro Essen inklusive Vorspeisensalat oder Dessert ein klein wenig teurer als beim Großcaterer. Im „Werk 5“ gibt es auch keine großen Wahlmöglichkeiten, sondern genau ein Menü pro Tag. Und doch wissen es die meisten Eltern durchaus zu schätzen, wenn das Essen ihrer Kinder nicht einmal pro Woche tiefgekühlt aus einem fernen Zentrallager herangekarrt und dann in Wärmeschränken „regeneriert“ werden muss, sondern täglich frisch aus hochwertigen, regionalen Zutaten zubereitet wird.
Beyer steht jetzt in ihrem gemütlich eingerichteten Bio-Laden samt Bistro, zieht ihr graumeliertes, langes Haar unter der Hygiene-Haube hervor und erzählt, wie sie auf Elternabenden und vor Elternbeiräten für ihr Konzept warb. Die anfängliche Skepsis vermochte sie in der Regel bald zu zerstreuen. „Die meisten haben schnell begriffen, dass wir hier kein exzentrisches Öko-Essen, sondern heimische, saisonale Gerichte und somit Thüringer Küche im besten Sinne anbieten.” Dennoch musste das Team, als die ersten Einrichtungen auf regionale Bio-Kost umstellten, mit vielen Kindern erstmal gesundes Essen „üben“. Mittlerweile haben die sich an die hohen Rohkost- und Gemüseanteile gewöhnt.
Auf Fertig-Produkte, wie sie selbst im leicht gehobenen Restaurantbetrieb heute gang und gäbe sind, verzichtet Silke Beyer ganz. Die Gemüse- und die Fleischbrühe werden nicht aus Instant-Pulver, sondern aus Schälresten und ausgekochten Knochen hergestellt. Auch das Kartoffelpüree wird selber gestampft – aus selbst geschälten Kartoffeln.
Beyers Sohn Leif, zurück von der Liefer-Tour, erzählt, wie mühsam das sein kann: „Die hier sind furchtbar klein, sonst wäre ich um diese Zeit schon fertig“, seufzt er und sein Blick fällt auf einen riesigen Kartoffelsack.
Im intensiven Kontakt mit den belieferten Einrichtungen achtet das Team sehr genau darauf, keine Überkapazitäten zu produzieren. Dank eines flexiblen Buchungssystems können Eltern bis um 7 Uhr am Tag der Lieferung das Essen für ihr Kind abbestellen. „Wir versuchen alles so auszutarieren, dass möglichst wenig in die Tonne geschmissen wird“, erklärt Beyer.
Denn die Zutatenbeschaffung gestaltet sich ungleich komplizierter als bei konventionellen Großküchen. Doch mittlerweile hat Beyer sich ein dichtes Lieferanten-Netzwerk aufgebaut. Sie entwickelt Anbaupläne mit Bio-Betrieben aus der Region, dazu kommen drei Fleischbauern. Aus Weida kommen die Kartoffeln, das Gemüse aus Stadtroda und Gera, Möhren, Schweinefleisch und Pastinaken aus Tautendorf, Bock- und Wienerwürste aus Triptis, Rind aus Stadtroda und Wünschendorf, das Roggenvollkornschrotbrot aus Schönborn.
Nach zweieinhalb Jahren schreibt das „Werk5“ schwarze Zahlen und Silke Beyer bereitet nun den nächsten, diesmal ganz großen Coup vor: Schon im Sommer wird sie in der Vogtlandstraße in Gera mit dem „Bio Werk 8“ eine Bio-Großküche eröffnen, mit bis zu 3000 Essen täglich, 32 neuen Mitarbeitern, inklusive Bio-Supermarkt und einem Bistro mit 80 Plätzen und großen Leuchtdisplays, die Fotos zeigen von den regionalen Erzeugern, deren Produkte hier verarbeitet und verkauft werden. Beyer lächelt: „Ich will die Botschaft der Nachhaltigkeit für Menschen, Tiere und die Erde in die Welt tragen.“

Von Felix Voigt

Große Landwirtschaftsbetriebe dürfen durch die Europäische Union finanziell nicht schlechter behandelt werden als kleinere.

Es ist politisch noch viel zu tun, bis das endlich allgemein akzeptiert ist.

Marcus Malsch,
Landwirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Der strenge Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht muss geändert werden –

auch um eine Bestandsregulierung zu ermöglichen. Die Rückkehr dieses Raubtiers in eine dicht besiedelte Kulturlandschaft bleibt ein Risiko.

Egon Primas,
Vorsitzender des Landtagsausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

„Dann geht in vielen Betrieben das Licht aus“

Ein Gespräch über die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die Erwartungen der Thüringe
Landwirtschaftsbetriebe und fehlendes ganzheitliches Denken bei den Propagandisten einer
Ein Portrait über Dr. Klaus Wagner und seine Arbeit finden Sie im Internet unter: **www.druc**

Mohring trifft:

Dr. Klaus Wagner, den Präsidenten des Thüringer Bauernverbandes

Herr Dr. Wagner, auf dem Weg in Ihr Büro sind wir durch ein großes Schild begrüßt worden: „Stoppt Landfraß.“ Ist das nicht etwas übertrieben im dünn besiedelten Thüringen?

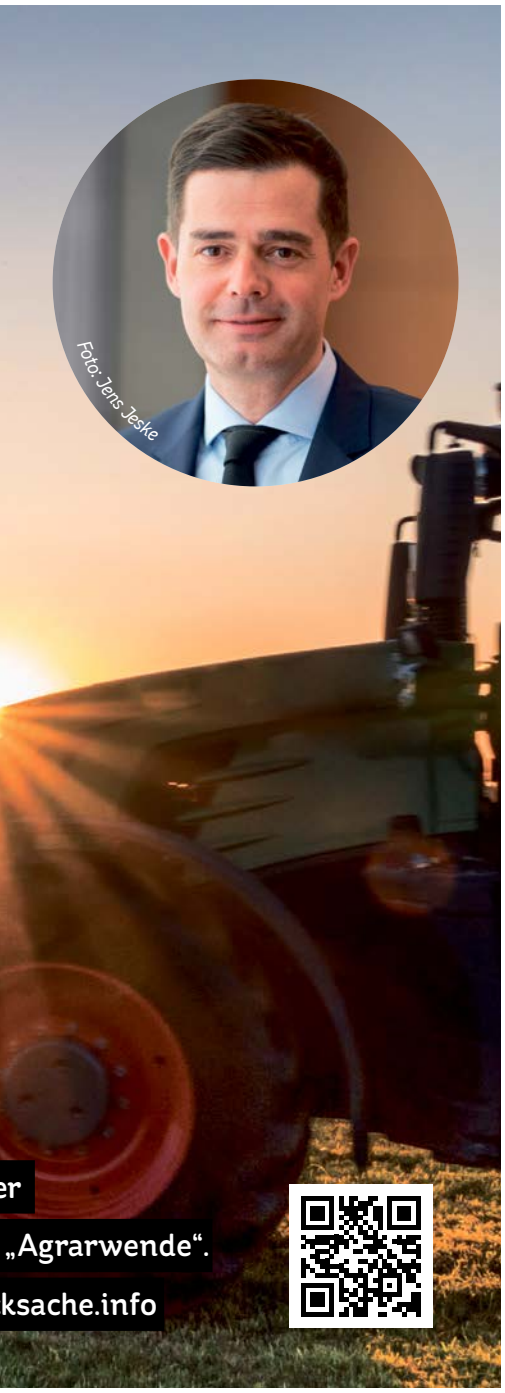
Wagner: In Thüringen leben immer weniger Menschen, doch der Landwirtschaft wird immer mehr Land entzogen. Pro Tag allein in Thüringen acht Hektar. Da geht biologische Vielfalt verloren. Wieso wird Gewerbe nicht auf den zahlreich vorhandenen Industriebrachen angesiedelt? Es bringt nichts, als Ausgleichsmaßnahme für die Versiegelung dann auch noch Äcker zu bepflanzen. Richtig wäre, Flächen wieder zu entsiegeln.

Mohring: Völlig richtig. Land ist ein begrenztes Gut. Am Ende ist entscheidend, was für den Naturschutz herauskommt. Es ist zum Beispiel besser, bereits vorhandene Ausgleichsflächen zu pflegen und aufzuwerten, statt die x-te Streuobstwiese anzulegen. Bei den Landwirten liegt das in guten, fachlich versierten Händen.

Haben Sie tatsächlich den Eindruck, dass im Landtag alle meinen, die Landwirte seien die berufenen Ansprechpartner für den Natur- und Umweltschutz?

Mohring: Leider gibt es immer wieder Wortmeldungen, die grenzen an die Diffamierung einer ganzen Branche. Da glaubt man, den Landwirten immer engere Zügel anlegen zu müssen. Versachlichung wäre dringend erforderlich. Wir setzen lieber auf Entscheidungsfreiheit statt Gängelei und Bevormundung. Die Vorstellung, dass Bauern die natürlichen Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz zerstören, ist schon seltsam.

Wagner: Stimmt. Die Art und Weise, wie gelegentlich über die Landwirtschaft berichtet wird, ist befremdlich. Danach sind Landwirte Menschen, die den Boden mit Pestiziden und Düngemitteln vollsprühen, Boden und Trinkwasser belasten. Der Zweck



der Landwirtschaft kommt kaum vor, nämlich Lebensmittel zu erzeugen. Es gibt ein zweites großes Problem: Das ist die allenthalben gestiftete Unsicherheit, wo wir für Investitionen Planungssicherheit bräuchten.

Das heißt was?

Wagner: Zwei Beispiele. Seit Ende 2016 ist ein Urteil zur Schweinehaltung rechtskräftig, das sich mit der Größe der sogenannten Kastenstände beschäftigt. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe berät über die Konsequenzen. Doch eine Entscheidung steht noch immer aus. Wer soll da investieren? Oder der Filtererlass der grünen Thüringer Umweltministerin Siegesmund. Er regelt die Abluft aus Ställen. Doch des Tierwohls wegen sollen die Tiere raus. Wie misst man dann denn die Abluft beim Auslauf? Man kann nicht während des Spiels dauernd die Spielregeln ändern.

Mohring: Insbesondere das Umweltministerium hat immer wieder versucht, Bürokratie und Auflagen durchzusetzen, die Thüringer Landwirte gegenüber anderen benachteiligen. Da haben wir widersprochen. Zu oft gerät aus dem Blick, dass sich ein Agrarbetrieb auch rechnen muss. Die niedrigen Preise lassen nicht viel Spielraum für politische Eskapaden.

Das aktuellste Beispiel ist das Wassergesetz, bei dem heftig um die Breite der Uferrandstreifen gestritten wird. Sie sollen von fünf auf zehn Meter wachsen.

Mohring: In anderen Ländern werden Gewässerrandstreifen auf einen Meter verkleinert. Warum? Weil moderne Technik es ermöglicht, Dünger und Pflanzenschutzmittel gewässerschonend auszubringen, weil kein Landwirt mehr Dünger und Pflanzenschutzmittel verwendet, als er unbedingt muss. Maßnahmen der Landwirte zur Verbesserung der Gewässergüte gibt es längst.

Wagner: Das Wassergesetz ist handwerklich schlecht gemacht. Es gibt keinen Grund, zwischen Ackerflächen und Gewässern zehn Meter Abstand zu halten. Für den Einsatz von Spritz- und Düngemitteln gibt es sehr detaillierte Regeln. Im Widerspruch zu EU-Recht steht das auch, denn nach einigen Jahren fallen die Streifen aus der Förderung. Wer kümmert sich dann?

Mit solchen Detailfragen halten sich Ihre Kritiker in der Regel nicht auf. Sie verlangen nicht weniger als eine „Agrarwende“

Wagner: Umweltverbände, die solche Begriffe – oder sollte man besser sagen: Worthülsen – in die Welt setzen, denken leider nicht ganzheitlich. Man muss Klima- und Umweltschutz, Haltungsbedingungen, Artenvielfalt – neudeutsch: Biodiversität – und die Erzeugung von Lebensmitteln schon zusammen betrachten.

Mohring: Wohin soll sich die Landwirtschaft denn „wenden“? Die Landwirte in Thüringen produzieren hochwertige Lebens- und Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe, einen großen Teil der erneuerbaren Energien und sichern Arbeitsplätze. Mit ihrer Arbeit gewährleisten sie nicht nur die Lebensgrundlage der Menschen, sondern sie prägen unsere Kulturlandschaft. Das wird häufig schlicht verkannt, schlimmer noch: zerredet.

Was aus der Kulturlandschaft bald zu verschwinden droht, sind Schafherden, jedenfalls wenn man den Schäfern glaubt. Wird zu viele Gewese um wenige Wölfe gemacht?

Wagner: Die Schäfer, die lange auf Entschädigung für gerissene Lämmer warten, sehen das nicht so entspannt. Für den Wolf muss es klare Regeln geben, bevor der Bestand über gewisse Grenzen hinaus gewachsen ist.

Mohring: In der Tat. Wir brauchen jetzt die rechtlichen Grundlagen, um zukünftig Wolfsbestände regulieren zu können – und zwar bevor die Situation unbeherrschbar wird. Der Wolf passt nicht zu der für die Thüringer Kulturlandschaft so wichtigen Weidetierhaltung. Ich registriere auch die wachsende Sorge, dass einzelne Tiere oder Rudel ihre Scheu vor dem Menschen verlieren.

Die Spielregeln bestimmt in der Landwirtschaft zum größten Teil die Europäische Union…

Wagner: … deshalb muss sie auch dafür sorgen, dass dieses Recht überall einheitlich angewandt wird. Die Standards für den Umweltschutz und das Tierwohl verursachen allein in Deutschland jährlich Mehrkosten von etwa fünf Milliarden Euro. Es ist gut, dass es die Standards gibt, doch die kann niemand ohne Zuschüsse erwirtschaften. Gemeinsame europäische Agrarpolitik kann dann nicht heißen, dass in einigen Mitgliedstaaten nicht so genau hingeschaut wird wie in anderen.

Mohring: Ohne faire Wettbewerbsbedingungen geht es nicht. Dazu müssen wir unseren Einfluss in Europa geltend machen, sollten den allerdings nicht überschätzen. Wofür wir auf jeden Fall sorgen können und müssen ist aber: Keine deutschen, oder gar Thüringer Alleingänge bei weiteren Auflagen und Standards!

Doch schon beim Geld sind sich die deutschen Länder nicht einig. Je nachdem ob die kleineren oder größeren Betriebe vorherrschen. Stichwort Direktzahlungen.

Mohring: Für die gemeinsame Agrarpolitik der EU haben wir klare Ziele. Es darf keinerlei Benachteiligung von Landwirtschaftsbetrieben geben, nur weil sie größer sind oder größere Tierbestände haben. Gleiches gilt für die Rechtsform oder die Art der Landwirtschaft: ökologisch oder konventionell. Eine weitere Umverteilung zu Lasten Thüringens darf es nicht geben.

Wagner: Wir haben in diesem Teil Deutschlands aus historischen Gründen nun einmal große Betriebe. Wenn die europäischen Zuschüsse ab einer bestimmten Größe gekappt werden oder geringer ausfallen, geht in vielen Betrieben das Licht aus. Zig Millionen Euro fließen dann in andere Teile Deutschlands. Das würde Folgen für die Wertschöpfung und die Steuereinnahmen in Thüringen haben, übrigens gerade bei den Gewerbesteuern.

So wichtig wie die Zahlungen sind die Fachkräfte. 19 000 Menschen sind in der Land- und Forstwirtschaft Thüringens beschäftigt. Drücken Nachwuchssorgen?

Wagner: Da geht es der Landwirtschaft wie anderen Wirtschaftszweigen. Es ist nicht leicht, ausscheidende Fachkräfte zu ersetzen. Die Berufsschule in Schwerstedt und die Fachschule in Stadtroda bieten eigentlich gute Voraussetzungen, aber es gibt schwerwiegende Probleme. An beiden Standorten ist die Personalsituation äußerst angespannt.

Mohring: Sie ist damit ein Ausschnitt der rot-rot-grünen Schulmisere. Entscheidend ist, dass das Angebot für die Berufsbildung, die überbetriebliche Ausbildung und die Fachschulfortbildung nicht allein gesichert, sondern weiterentwickelt wird. Attraktive Bedingungen heißt im Kern konkurrenzfähige Bedingungen für einen schönen und anspruchsvollen Beruf. Das können die Betriebe und das Land nur gemeinsam leisten.

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

Internet
www.cdu-landtag.de

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
1,1 Millionen

Fotos
Soweit nicht anders angegeben: CDU-Fraktion

Karikatur
Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl
Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

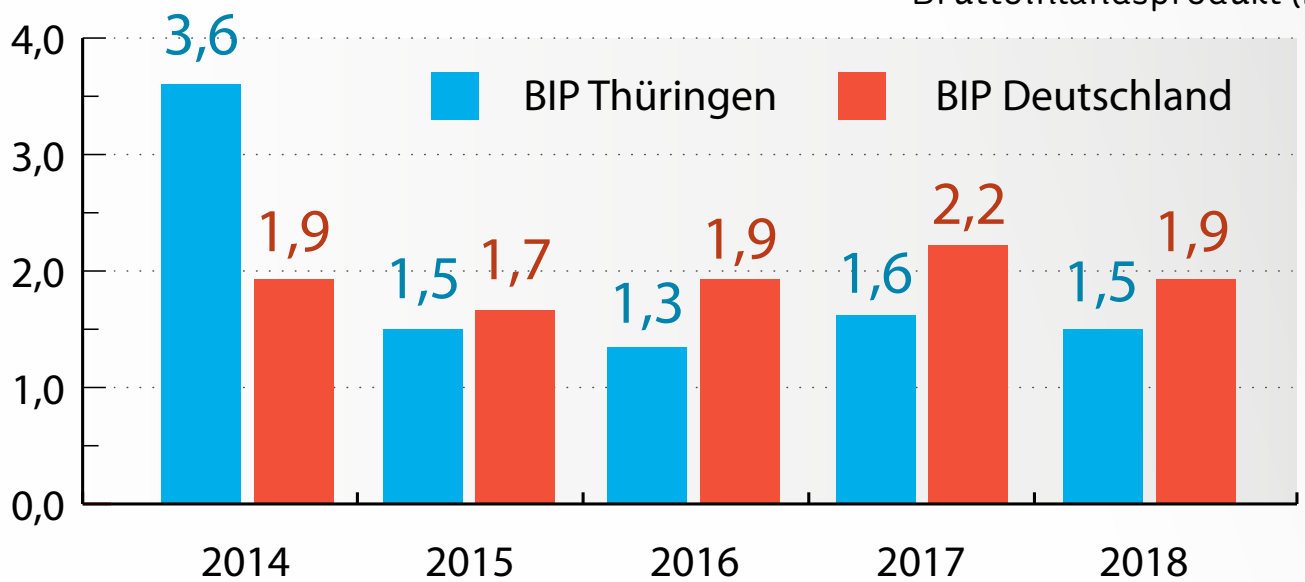
Satz & Gestaltung
Leography.com

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion

Wachstum der Thüringer Wirtschaft im Vergleich zum Bund (2014 - 1. HJ 2018)

Bruttoinlandsprodukt (BIP-preisbereinigt)



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH

Mühlstein für die Wirtschaft

Er ist kreisrund, mehrere Zentner schwer und macht das Vorankommen immer beschwerlicher. Der Mühlstein, den die Linkskoalition der Thüringer Wirtschaft um den Hals gelegt hat, trägt Aufschriften wie „Bildungsfreistellungsgesetz“, „Vergabegesetz“ und „Klimagesetz“.

Seit dem Amtsantritt der rot-rot-grünen Regierung Ramelow wächst die Thüringer Wirtschaft nur noch unter dem bundesweiten Schnitt, der wirtschaftliche Aufholprozess des Freistaats stagniert. Für Prof. Dr. Mario Voigt, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, ist das Problem hausgemacht: „Wenn in Zeiten des wirtschaftlichen Booms das Thüringer Wachstum dermaßen einbricht, dann haben wir es eindeutig mit einem Politikversagen der Landesregierung zu tun.“ Als Beispiele nennt Voigt wirtschaftsfeindliche Gesetze, die das unternehmerische Handeln im Freistaat unnötig verkomplizieren. Das Vergabegesetz macht öffentliche Aufträge für die Firmen immer unattraktiver, das Klimagesetz schreibt kaum erreichbare Ziele fest und das Bildungsfreistellungsgesetz schafft für kleine Betriebe eine große Belastung. Zudem klammert es berufliche Bildung komplett aus. „Wer der Wirtschaft solche Lasten aufbürdet, darf sich nicht wundern, wenn ihr anschließend die Puste ausgeht“, kommentiert Voigt.

Gutachten warnt vor rechtlichen Risiken

Der Plan der rot-rot-grünen Landtagsmehrheit noch vor den Wahlen einen Haushalt für die kommende Legislatur zu verabschieden, „wäre mit verfassungsrechtlichen Risiken behaftet“. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Thüringer Landtags. „Diese Risiken ergeben sich aus dem Budgetrecht und der zeitlichen Begrenzung demokratisch legitimierter Herrschaft. Es geht um einen nicht statthaften Übergriff auf die kommende Wahlperiode, die parlamentarische Demokratie würde entkernt“, kommentiert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Mike Mohring. Noch nie in einem der deutschen Landtage sind je Haushaltsgesetze beschlossen worden, die ausschließlich die nächste Wahlperiode betreffen. Üblich ist nach Wahlen die sogenannte vorläufige Haushaltsführung, sollte für einen frisch gewählten Landtag die Zeit nicht reichen, einen Etat bis zum Jahresanfang zu verabschieden. Diese Regelung erlaubt dem Land, alle gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, hindert eine geschäftsführende Regierung aber, den politischen Willen des neuen Parlaments zu übergehen. Ist ein Etat verabschiedet, kann nur die Landesregierung Änderungen daran im Parlament zur Abstimmung stellen. Das heißt, eine neue Landtagsmehrheit kann gegen den Willen einer geschäftsführenden Regierung ihren politischen Willen nicht durchsetzen. Laut Mohring geht es Ministerpräsident Ramelow darum, „ungehemmt weiter agieren und die Bildung einer neuen Regierung stören zu können, wenn Rot-Rot-Grün abgewählt ist. Da werden das Wählervotum und die parlamentarische Demokratie mit Füßen getreten“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.
Mohring mahnt Rot-Rot-Grün, das Haushaltsvorhaben aufzugeben. „Es gibt Alternativen zu dieser Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie.“ Die einfachste Lösung sei es, sich an der Praxis des Bundestags zu orientieren. „Die Bundesregierung legt einen Etat vor, der bei Neuwahl des Bundestags seine Gültigkeit verliert. So bleibt das Budgetrecht des neuen Parlaments gewahrt“, so Mohring.

Lauinger-Affäre

Rot-rot-grüne Bauernopfer

Es ist nicht bekannt, ob Justizminister Dieter Lauinger und die ehemalige Bildungsministerin Birgit Klaubert passionierte Schachspieler sind. Aber eine Taktik aus dem Spiel der Könige beherrschen die beiden perfekt: das Bauernopfer. Das Aufgeben einer in der Hierarchie weiter unten stehenden Figur, um eine höhere zu schützen, ist nicht nur im Schach, sondern auch in der Politik eine beliebte Spielweise. In der sogenannten Sohnemann-Affäre um Justizminister Lauinger setzt Rot-Rot-Grün nun auf dieses Manöver. Nach wie vor steht der Vorwurf des Amtsmissbrauchs im Raum: Der Sohn des Ministers musste nach einer Intervention seines Vaters bei der damaligen Bildungsministerin – im Gegensatz zu allen anderen gymnasialen Zehntklässlern in Thüringen – keine „Besondere Leistungsfeststellung" (BLF) ablegen. Der daraufhin gebildete Untersuchungsausschuss hat nun mit den Stimmen der Links-Koalition und gegen die der CDU-Fraktion einen Zwischenbericht beschlossen. Die politisch brisanten Fragen nach dem Agieren von Ex-Ministerin Klaubert und Minister Lauinger sowie Staatskanzleichef Benjamin Hoff werden darin nicht beantwortet. Die Verantwortung wird stattdessen auf Beamte des Bildungsministeriums abgewälzt, die die Leitungsebene angeblich nicht vollständig informiert hätten. Einen Zwischenbericht zum jetzigen Zeitpunkt zu veröffentlichen, an dem die Aufklärung noch nicht abgeschlossen ist, lehnt die CDU-Fraktion klar ab. „Das ist der durchsichtige Versuch der betroffenen Politiker, sich zu Lasten von Beamten zu entlasten und den Rest der Untersuchung im Sande verlaufen zu lassen. Das ist schäbig", kommentiert der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss, Volker Emde, den Vorgang. Derweil zeigen neue Zeugenaussagen den Dilettantismus an der Spitze des Bildungsministeriums und wie sehr Lauinger seine Kabinettskollegin Klaubert unter Druck setzte. So musste der Büroleiter von Hoff einräumen, im Vorfeld einer Entscheidung auf Beamtenebene nicht alle Akten weitergegeben zu haben. Dadurch beruhte die juristische Bewertung einer Entscheidung zur Prüfungsbefreiung auf unvollständigen Unterlagen und erfolgte durch einen Juristen der Staatskanzlei innerhalb von zweieinhalb Stunden. „Insgesamt verdichtet sich der Verdacht, dass die Prüfungsbefreiung für den Minister-Sohn ein Gefallen unter Ministerkollegen war", so Emde.

Die wichtigsten Informationen
zum politischen Geschehen
jetzt als WhatsApp- oder Messenger-Nachricht

1. WhatsApp oder Facebook Messenger auf dem Smartphone installieren.
2. www.cdu-landtag.de/messenger besuchen oder den QR-Code rechts mit dem Smartphone scannen.
3. Den gewünschten Messenger auswählen.
4. Datenschutzerklärung akzeptieren und das nun erscheinende Feld auswählen.
5. Der ausgewählte Messenger öffnet sich mit einer vorgefertigten Antwort. Diese bitte abschicken.
6. Die angezeigte Nummer bei WhatsApp als Kontakt speichern.

CDU Fraktion im Thüringer Landtag

Bildungspolitik

Auch die Friedrich-Ebert-Regelschule in Erfurt entspricht nicht den neuen Größenvorgaben der Landesregierung.

Trotz geplanter Änderungen von Rot-Rot-Grün:
Neues Schulgesetz bedroht Regelschulen

Das geplante Schulgesetz der rot-rot-grünen Landesregierung bedroht zahlreiche Schulen vor allem in den ländlichen Regionen Thüringens. Insbesondere Regelschulen müssten bei Inkrafttreten des Gesetzes um ihre Existenz fürchten. „Bis zu 40 Prozent aller Thüringer Regelschulen erfüllen die neuen Vorgaben der Landesregierung nicht, die notwendig sind, um langfristig fortbestehen zu können“, so der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Tischner. Es sind vor allem die festgelegten Mindeststärken der Klassen, die den Schulen Probleme bereiten werden und letztlich zu Schulschließungen führen können. Die Verunsicherung in den Regionen ist groß. Schließlich hatte das Bildungsministerium ursprünglich noch viel weitergehende Mindestvorgaben im Schulgesetz verankern wollen. Christian Tischner hatte sich daraufhin alle Thüringer Schulen einmal angeschaut – und festgestellt, dass jede zweite Schule in ihrer Existenz gefährdet wäre. Ebenso wie Eltern und Lehrer haben daraufhin die örtlichen CDU-Abgeordneten dagegen Einspruch erhoben. Thüringens Bildungsminister Helmut Holter bekam den Druck unmittelbar zu spüren – und zog die Reißleine mit einer mehr als seltsamen Begründung. Sein Gesetzentwurf sei gar nicht so ernst gemeint gewesen: Er habe doch nur provozieren wollen. Und stellte nun neue Mindestzahlen vor.

So positiv die Nachricht zu bewerten ist, dass für etliche bedrohte Schulen noch Hoffnung bestehen könnte, wenn Rot-Rot-Grün im April die Änderungsvorschläge zu ihrem eigenen Gesetz vorlegen wird, so frech ist doch die Begründung Holters für sein bisheriges Vorgehen. Denn ein Bildungsminister soll dem Bürger dienen, nicht ihn provozieren.

Die Existenzangst an den Regelschulen allerdings wird bleiben. Denn 82 von 182 Regelschulen verfehlen die nun angekündigten neuen Mindestanforderungen weiterhin.

dänische Insel	unnachgiebig, hart	das Paradies	Flachsfaser; Gewebeart		südafrik. Politiker (Nelson)		luftförmiges chem. Element		Ausruf des Verstehens	Rechtsvertreter	selten, knapp	Karteikartenkennzeichen		Fluss zum Rhein		Gebirge auf Kreta
			1				Kopfschmuck								4	Verbrechen
altrömische Monatstage					Begeisterung, Schwung					Gewürz-, Heilpflanze		spöttisch: schöner Mann (franz.)				
Bierglas, Bierkrug							Baumteil	nicht kalt	5				Marineunteroffizier		das Ich (lateinisch)	
		3			abwertend: Liebhaber						enthaltsam lebender Mensch					8
scherzhaft: Schule		biblischer Prophet				2		fliederblau, hellviolett		6			früherer türkischer Titel			
Roman von Émile Zola					immer, zu jeder Zeit						Kartenorakel			7		

Lösungswort 1 2 3 4 5 6 7 8

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie zwei VIP-Karten für den Jahresempfang der CDU-Fraktion im August 2019 auf der Messe Erfurt, ein edles Schreibset und eine Powerbank für das Smartphone. Einsendeschluss ist der **26. April 2019**. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihre Anschrift und Ihren vollen Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mail: quiz@cdu-landtag.de oder
Postadresse: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Februar-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Feuerwehr“. Zu gewinnen gab es damals zehn Geschenke-Sets mit jeweils zwei Karten für die Thüringen-Ausstellung und einer Powerbank. Die Gewinner wurden informiert und haben ihre Preise bereits erhalten.

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gemäß dem Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Durchführung des Quiz erforderlich. Mit der Teilnahme am Quiz erklärt sich der Teilnehmer einverstanden, dass im Falle eines Gewinns sein Vorname, sein Nachname sowie sein Wohnort in der Drucksache veröffentlicht werden. Daneben verarbeiten wir Ihre Daten, um Sie über das aktuelle politische Geschehen in Thüringen zu informieren. Diesbezüglich verweisen wir Sie auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG. Nach § 47 S. 2 Nr. 5 ThürAbgG ist es Aufgabe der Fraktionen, die Öffentlichkeit über ihre parlamentarische Arbeit zu unterrichten. Es handelt sich damit um die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt. Sie haben gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO das Recht, der diesbezüglichen Verarbeitung jederzeit zu widersprechen. Im Falle des Widerspruchs werden wir die betroffenen Daten unverzüglich löschen. Unsere Datenschutzerklärung mit weiteren Hinweisen zum Datenschutz finden Sie unter www.cdu-landtag.de/service/datenschutz.